

Knack den Gipfel



Zeitung
für einen
bunten und
vielfältigen
Protest
gegen ein
Europa
der Gewalt
und
Unterdrückung

Inhalt

www.knack-den-gipfel.de.....Seite 2

Festung Europa.....Seite 4

Die EU als supranationaler, kapitalistischer Wirtschaftsblock.....Seite 6

Deutschland stoppen.....Seite 9

Vom Recht auf Faulheit.....Seite 11

Rebellion der Körper.....Seite 14

Peoples' Global Action.....Seite 15

Grüße von Anna und Arthur.....Seite 18

Demo-Tipps.....Seite 19

Brennpunkt Kolumbien.....Seite 21

Termine.....Seite 24

Inhalt
M Diese Zeitung wurde erstellt vom Vorbereitungs-Plenum zu den Protesten im Rahmen des deutsch-französi-
U schen Gipfels, der am 12.Juni 2001 in Freiburg stattfinden wird. Die meisten der Texte wurden von einzelnen Leuten des Plenums verfasst, ansonsten steht der Gruppenname unter dem Text.
S
S
A
R
D
I
M



Veranstaltung
 Montag, 11. Juni, 20h KTS:
Die EU auf dem Weg zu einem neuen Nationalstaat?
 (veranstaltet vom iz3w)

www.knack-den-gipfel.de

Aufruf zu einem bunten und vielfältigen PROTEST gegen ein Europa der Gewalt und Unterdrückung

Deutsch-französischer Gipfel in Freiburg
 Wenige Tage vor dem EU-Gipfel in Göteborg werden sich Chirac, Schröder & Co. am 12. Juni in Freiburg im Breisgau treffen. Dabei demonstrieren die europäischen Führungsmächte Deutschland und Frankreich Geschlossenheit, nicht zuletzt weil das Verfolgen deutscher (französischer etc.) Interessen nur noch europäisch möglich ist. Aber auch mit zunehmender Euro-

wertung und deren Auswirkungen auf die Straße tragen: neben Freiburg in Göteborg gegen den EU-Gipfel (14.Juni) und den G8-Gipfel in Genua (20.Juli).
 Spucken wir den Herrschenden in die Suppe!
 Für eine Welt, in der viele Welten Platz haben!

Wirtschaftsmacht Europa
 In den letzten Jahren hat sich der marktwirtschaftliche Wettbewerb zwischen den Nationalökonomien hin zu konkurrierenden Wirtschaftsräumen verlagert. Dabei bildeten sich die Wirtschaftsblöcke EU, Japan und USA (mit Freihandelszonen NAFTA und bald FTAA) heraus. Wirtschaftliche Krisen, zunehmende Kapitalanhäufung, verschärfte Ausbeutung von Arbeitskraft usw. führen zur Marginalisierung

päisierung der Nationalstaaten bleibt dies ein Europa der Ausgrenzung, der kriegerischen Interventionen und des Arbeitszwangs.
 Doch dieses Europa ist nicht unseres!
 Diesen Sommer werden europaweit Tausende ihren Widerstand gegen die kapitalistische Ver-



weiter Bevölkerungsteile nicht nur des Trikonts. Dort müssen sich immer mehr Menschen in Fabriken zu Niedrigstlöhnen verdingen, unter denkbar schlechtesten Bedingungen und ohne gewerkschaftlichen Schutz.

Bei uns wird denjenigen, die in dieser Verwertung gerade nicht gebraucht werden, die Schuld an ihrer Erwerbslosigkeit zugeschoben: "Es gibt kein Recht auf Faulheit" (Schröder).

Soziale Sicherungssysteme werden abgebaut, Erwerbslose in Billiglohnjobs gezwungen.

Im Gegensatz zu Deutschland gibt es in Frankreich eine vielstimmige Bewegung: Die Streiks im öffentlichen Dienst, die "sans papier" (Flüchtlinge ohne Papiere) thematisieren ihre Situation als entrechtete ArbeiterInnen, Arbeitslose gehen auf die Straße. Neben reformistischen Forderungen steckt im Kampf um die realen Zumutungen des Kapitalismus immer ein Funke Utopie: "Travaillez jamais!" - Arbeitet nie!

Festung Europa

Der Wunsch nach einem besseren Leben treibt seit Jahren MigrantInnen in die Europäischen Union. Doch willkommen sind sie hier nicht. Ihnen wird die Einreise erschwert, sie werden drangsaliert, eingesperrt und zu Niedriglohnarbeiten gezwungen. Und sie werden wieder rausgeschmissen: In Deutschland wurden allein im Jahr 2000 32.443 Menschen auf dem Luftweg abgeschoben, wobei hier Methoden angewandt werden, durch die der Tod von Flüchtlingen billigend in Kauf genommen wird.

Mit der EU-Osterweiterung werden die Beitrittskandidaten in die rigide Asylpolitik der EU-Staaten eingebunden: Aufrüstung der Grenzen, Installierung von Abschiebeknästen und verstärkte Kontrollen im Hinterland. Zudem soll die Asylgesetzgebung in der EU vereinheitlicht werden. Die EU-Kommission hat dazu einen entsprechenden Entwurf vorgelegt. Dieser könnte in einigen Ländern Flüchtlingen durchaus Verbesserungen einbringen. So soll z.B. gesichert werden, dass Asylsuchende "nicht in Armut absinken". Der Entwurf ist aber vage formuliert und orientiert sich durchaus an den strikten und harten Regelungen Deutschlands. So soll die so genannte "Residenzpflicht", die Einschränkung der Bewegungsfreiheit auf den jeweiligen Landkreis, bestehen bleiben.

Das Schicksal der Menschen, denen kein Asyl

gewährt wird oder die ein solches erst gar nicht beantragen, wird von dem Vorschlag freilich nicht berührt. Von einer Orientierung am Menschenrecht auf Freizügigkeit kann keine Rede sein. Völlig ausgeblendet bleiben zudem die Fluchtgründe. Genau darum muss es aber Menschen gehen, die nicht hinnehmen wollen, dass es Menschenrechte gibt, die für ein paar gelten, für die große Mehrheit der Weltbevölkerung aber nicht.

EU-Armee

Die EU zeigt sich, unter Führung Deutschlands, auch militärisch zunehmend selbstbewusster. Der im Kosovokrieg demonstrierten militärischen Abhängigkeit von den USA begegnete sie daher mit dem Beschluss, das Militärbündnis WEU (Westeuropäische Union) in die EU einzugliedern und eine schnelle Eingreiftruppe zu bilden. Auf dem EU-Gipfel in Helsinki im Dezember '99 wurde dann beschlossen, dass diese Interventionstruppe aus 50-60.000 Soldaten bestehen soll, die, ausgerüstet mit hochmodernem Material, innerhalb von nur 60 Tagen mobilisiert werden kann, um bei Konflikten selbst in peripheren(!) Gebieten weltweit schnell eingreifen zu können. Im Klartext: Die EU will in Zukunft ihre Interessen weltweit auch militärisch durchsetzen. Wer dabei das Sagen haben wird, machen allein die Zahlen deutlich. Deutschland will mit 18.000 Soldaten etwa ein Drittel stellen, den Rest die übrigen 14 EU-Staaten. Damit die EU auch militärisch als Konkurrent gegenüber den USA auftreten kann, müssen aber noch immense Rüstungsmaßnahmen getroffen werden. Mit z.T. einer gehörigen Portion Antiamerikanismus haben sich jedoch bereits PDS, olivGrüne bis hin zum neuen europäischen Rüstungskonzern EADS alle auf die Ideologie eines "guten" europäischen Militarismus geeinigt.

Es gibt kein ruhiges Hinterland!

Gegen alle "Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes und geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist", setzen wir die Utopie einer klassen- und staatenlosen Weltgesellschaft. Auch jenseits von Seattle und Prag gilt es, den Herrschenden klarzumachen, dass sie mit unserem Widerstand rechnen müssen. Reißt man die Mauern ein, thematisieren wir den Rassismus des herrschenden Europas! Macht Protest zum Widerstand!

Festung Europa

Abschottung nach Außen

Während es für EuropäerInnen zunehmend selbstverständlicher erscheint, den Aufenthaltsort innerhalb der europäischen Staaten frei zu wählen, wurde und wird die EU nach außen immer mehr zu einer Festung ausgebaut. Die Außengrenzen sind mit modernen Überwachungstechnologien ausgerüstet, die Zahl der Grenzschutzbeamten wird massiv aufgestockt, Schleierfahndungen und verdachtsunabhängige Kontrollen werden durchgeführt.

Diese Abschottungsmaßnahmen treffen insbesondere MigrantInnen und AsylbewerberInnen, denen die Einreise in die EU nahezu unmöglich gemacht wird oder zumindest mit massiven Repressionen verbunden ist.

Darüber hinaus wird das Recht auf Asyl EU-weit mehr und mehr eingeschränkt.

Ein wichtiger Bestandteil des von den Mitgliedstaaten unterzeichneten Schengener Abkommens ist das "one-chance-only"-Prinzip. Das heißt, jedeR AsylbewerberIn darf innerhalb der EU nur einen Asylantrag stellen. Wird z.B. ein afrikanischer Flüchtling in Frankreich abgelehnt, kann er keinen erneuten Antrag in Italien stellen.

Auch in Deutschland wurde 1993 das Asylrecht faktisch abgeschafft.

Ein Recht auf Asyl hat nur noch, wer nicht über einen sogenannten "sicheren Drittstaat" einreist. Sichere Drittstaaten stellen alle EU-Mitgliedsländer und so genannte Listenstaaten dar, in denen nach Angaben des jeweiligen auswärtigen Amtes keine politische Verfolgung vorliegt.

Auf dem Landweg besteht durch diese Drittstaatenregelung so gut wie keine Chance nach Deutschland einzureisen und einen Antrag zu stellen, da dabei immer ein so genannter Drittstaat passiert wird, d.h. nicht mehr der Fluchtgrund ist für die Anerkennung als AsylbewerberIn entscheidend, sondern in erster Linie der Fluchtweg.

Mit der EU-Osterweiterung werden die Beitrittskandidaten in die rigide Asylpolitik der EU-Staaten eingebunden. Das bedeutet: Aufrüstung der Grenzen, Installierung von Abschiebe-

knästen und verstärkte Kontrollen im Hinterland.

Harmonisierung der Asylpolitik in der EU

Seit den 80er Jahren ist die Rede von einer notwendigen Harmonisierung der europäischen Asylpolitik, aber bis heute wurde kein gemeinsames Asylrecht geschaffen. Eine Gemeinsamkeit bestand und besteht nach wie vor hauptsächlich in gemeinsamen Abschottungsmaßnahmen.

Eine dieser Maßnahmen ist das bereits genannte Konzept der sicheren Drittstaaten als Ergebnis der Londoner Beschlüsse von 1992.

Darüber hinaus existieren über 100 Rückübernahmeabkommen mit Anrainer-, Transit- und Herkunftsländern. Mit Hilfe dieser Abkommen wird das Aufenthaltsrecht der davon betroffenen



MigrantInnen auf ein Mindestmaß reduziert und sie können dadurch schnellstmöglich abgeschoben bzw. "zurückgenommen" werden.

In puncto gemeinsames Asylrecht haben sich die EU-Mitgliedsländer bisher lediglich darauf verständigt, welches Mitgliedsland für die Asylprüfung zuständig ist.

Darüber hinaus ist im Dezember 2000 als erster Rechtsakt die EURODAC-Verordnung in Kraft getreten. Sie bildet die Rechtsgrundlage für die Einrichtung eines europaweiten computergestützten Vergleichssystems für die Fingerabdrücke von AsylbewerberInnen sowie illegal einreisenden Personen. Durch diese Daten-

netzwerk können MigrantInnen und AsylbewerberInnen noch effektiver überwacht, kontrolliert und schikaniert werden.

Harmonisierung steht für einen Wettlauf der Abschottungsmaßnahmen in den jeweiligen Mitgliedsstaaten der EU.

Bei den EU-Verhandlungen bezüglich einer einheitlichen Gesetzgebung stellt sich das Kräfteverhältnis wie folgt dar:

Die Kommission liefert relativ flüchtlingsfreundliche Vorschläge, die aber am Prinzip der Einstimmigkeit im Europäischen Rat scheitern.

Auch das Europäische Parlament nimmt häufig eine liberale Position ein, besitzt aber kein Mitentscheidungs- sondern nur ein Anhörungsrecht.

Somit bleibt die Praxis der Union weiterhin von den nationalstaatlichen Interessen im Rat, der sich aus den Regierungschefs der EU-Länder zusammensetzt, geprägt.

Es ist ziemlich sicher, dass unter diesen Voraussetzungen nur Mindestnormen - wenn überhaupt - auf dem kleinsten Nenner verabschiedet werden.

Kein Mensch flieht grundlos aus seiner Heimat. Den vielbeschworenen Asylschmarotzer gibt es nicht. Genauso wenig gibt es bessere oder schlechtere, akzeptable und nicht-akzeptable Fluchtgründe. Menschen, die vor Hunger, Armut, Umweltzerstörung oder Krieg fliehen, müssen das gleiche Bleiberecht haben wie politisch Verfolgte oder Folteropfer. Die Fluchtgründe sind vielfältig und nicht in eine Rangordnung zu pressen.

Fluchtgründe dürfen nicht aus strategischen Gründen akzeptiert oder abgelehnt werden. Herkunftsland oder Fluchtweg dürfen nicht die für einen Asylantrag maßgeblichen Kriterien sein.

MigrantInnen aufzunehmen, unabhängig von ihrer Verwertbarkeit und dem Flucht-

grund und unabhängig davon, wie viele Menschen dieses Recht in Anspruch nehmen, ist ein menschlicher Akt.

Jeder Mensch muss das Recht haben, frei zu entscheiden wo, wann, warum und wie sie oder er leben möchte.

Nicht zuletzt sind die in den kapitalistischen Metropolen vorherrschenden



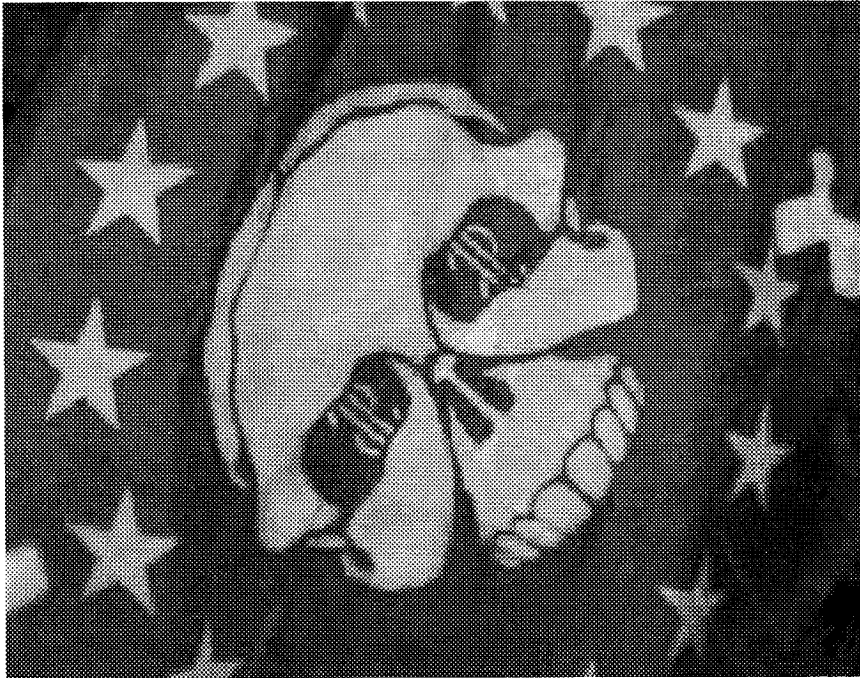
Produktions- und Konsumweisen zum Großteil mitverantwortlich für ökologische Zerstörung, Hunger und Armut in weniger "entwickelten" Ländern. Neben einem Asylgesetz, das Verfolgten Sicherheit und allen MigrantInnen ein freies Aufenthaltsrecht gewährt, sollte vor allem die Verhinderung von Fluchtursachen ein Ziel der Flüchtlingspolitik sein.

Die EU als supranationaler, kapitalistischer Wirtschaftsblock

Die EU-Höhepunkt einer Integrationsdynamik? Abkehr von dem Modell konkurrierender Nationalstaaten? Ein friedliches Miteinander an Stelle nationalstaatlicher Konkurrenz?

Die EU ein supranationaler, kapitalistischer Wettbewerbsstaat?

Die Integrationsdynamik innerhalb der europäischen Staaten hat sich in den 80er Jahren erheblich beschleunigt. Hintergrund ist die Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre einsetzende Wirtschaftskrise, von der alle westlichen



Staaten erfasst wurden. Sie hat zu einer Abkehr von dem Modell eines keynesianischen Wohlfahrtsstaates geführt.

Es wurde nach neuen Entwicklungsmodellen gesucht, wie diese Krise überwunden werden kann. Eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Angleichung der Gesetzgebung erschien für diesen Zweck geeignet.

Im Gegensatz zu den USA und Japan, die schon seit jeher über große Binnenmärkte verfügen, wurde der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital in Westeuropa durch unterschiedliche - je nach Staat - Steuern, Währungen, Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz etc. "behindert".

Durch die Anpassung der Wettbewerbsbedingungen und die Einführung einer einheitlichen Währung sollten diese Beeinträchtigungen

überwunden werden. Liberalisierung im Sinne eines freien Kapitaltransfers wird großgeschrieben.

Der durch den Zusammenschluss entstandene Wirtschaftsblock ermöglicht darüber hinaus eine effektivere Einflussnahme auf den Weltmarkt. Den Wirtschaftsblöcken USA und Japan wird ein europäischer Block entgegengesetzt. Dabei geht es um Einfluss, die Durchsetzung von Interessen und Macht.

Offizielles Ziel der europäischen Politik ist es, die wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der Industrie der Gemeinschaft zu stärken und die Entwicklung ihrer nationalen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern.

Innovationen ja, um jeden Preis, aber in keinem Fall politische oder soziale Innovationen. Die Anliegen der Menschen und der Natur zählen wenig. Es wird auf Fortschritt im Sinne von wirtschaftlichem Wachstum gesetzt, nicht auf einen Fortschritt des menschlichen und gerechten Miteinanders.

Die auf dieser Grundlage geschaffene Europäische Union weist eine eigene Form der Staatlichkeit auf.

Ihre zentralen Apparate, die Kommission und der Ministerrat, sind

weitestgehend frei von den demokratischen, institutionellen und legitimatorischen Zwängen, denen die nationalen Regierungen noch mehr oder weniger unterworfen sind.

Im Rahmen der EU können Reformen leichter durchgesetzt werden, da sie auf weniger Widerstände stoßen und Entschlüsse nicht gegenüber den Wählern legitimiert werden müssen. Die europäischen Wähler verfügen über keinen direkten Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Kommission und die des Europäischen Rates.

Die EU wirkt wie ein sich dauernd vergrößernder Verschiebebahnhof. Auf dem Weg über Brüssel erfolgt die Durchsetzung des auf anderer Weise (z. B. auf nationaler Ebene) nicht ohne weiteres Durchsetzbaren.

Der europäische Zusammenschluss ist in erster

Linie Ausdruck eines "liberalen", kapitalistischen Wirtschafts- und Politikverständnisses, das sich weltweit mehr und mehr durchsetzt bzw. durchsetzen soll.

Der vom internationalen Kapital propagierte Way of life mit der speziellen Mischung aus hochdifferenzierter Lohnarbeit, zunehmender Technisierung, Massenkonsum und Freizeitindustrie baut auf dem Elend von 90% der Menschen auf.

Die Welt ist geteilt in kleinere Wohlstandsoasen und riesig ausgeplünderte Gebiete.

Der Kapitalismus stellt eine Wirtschaftsordnung dar, die in erster Linie auf Profit ausgerichtet ist. Auf Bedürfnisse und ökologische Zusammenhänge wird dabei keine Rücksicht genommen. Produziert wird, egal unter welchen Bedingungen, was Devisen bringt und nicht was die Menschen brauchen.

Der Mensch wird nach seiner Verwertbarkeit eingestuft. Lohnarbeit wird als einzig denkbare Arbeitsform verstanden und hat inzwischen den Charakter eines Naturgesetzes. Nur wer sich reibungslos in den Arbeitsprozess einfügt, d.h. sich bedingungslos unterwirft, wird anerkannt. Für den Großteil der Lohnabhängigen bedeutet das: Eingliederung in unbefriedigende, unsichere, ausbeuterische und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse. Leistung und Leistungsdruck sind allgegenwärtig.

Die Produktion und Vermarktung von Nahrungsmitteln ist nicht an den realen Bedürfnissen orientiert, sondern unterliegt in erster Linie strategischen und profitorientierten Überlegungen. Ernährung bzw. Nahrung stellt einen gewinnträchtigen Wirtschaftszweig dar.

Medizin dient hauptsächlich der Erhaltung von Arbeitskraft und der Konsumfähigkeit.

Die Natur, d.h. Tiere & Pflanzen und die natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser, Luft und Rohstoffe werden effizient verwertet, Effizienz im Sinne von maximaler Profitsteigerung. Nachhaltigkeit höchstens im Sinne von einer Verlängerung der Ausbeutbarkeit.

Institutionen wie die WTO, der IWF und die Weltbank sorgen dafür, dass sich dieses Wirtschaftsmodell weltweit durchsetzt.

Durch Strukturanpassungsprogramme, die an die Vergabe von Krediten gekoppelt sind, werden die verschuldeten, wirtschaftlich "unterentwickelten" Länder, insbesondere sogenannte Dritte-Welt-Länder, gezwungen, sich der Liberalisierung anzupassen. Das bedeutet u.a. Kürzung von Subventionen für Grundnahrungsmittel, Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen, Ermöglichung von ausländischen Direktinvestitionen und eine generelle Liberalisierung des Außenhandels.

Die Programme sorgen dafür, dass diese Länder und ihre Akteure kapital- und wirtschaftsgerecht agieren, damit auch mit und in ihnen spekuliert, innoviert, investiert, produziert, verkauft und die seit der Kolonialisierung begonnene Ausplünderung fortgesetzt werden kann.

Seit 1980 wurden weltweit in über 100 Ländern Strukturanpassungsprogramme durchgeführt. Elf Ländern ging es danach wirtschaftlich besser. In den meisten Ländern hat sich die katastrophale Lage der Bevölkerung jedoch noch weiter verschärft. Die Preise für Grundnahrungsmittel sind drastisch gestiegen und die Armut hat zugenommen.

Auch im Rahmen der EU-Osterweiterung werden Strukturanpassungsprogramme durchgeführt. Die ehemaligen kommunistischen Staaten werden vor ihrem endgültigen Beitritt zunächst wirtschaftlich zurechtgeformt. Als eine Folge



von diesem Transformationsprozess hat sich die Zahl der Menschen, die in Armut leben, nahezu verzehnfacht. In Osteuropa mussten zwischen 1987-88 14 Millionen, zwischen 1993-95 147 Millionen Menschen in Armut leben (Quelle Weltbank).

Doch auch in Europa und den USA, den etablierten, reichen Industrienationen klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander, nehmen Verelendung, mangelnde Ernährung zu, wachsen Ghettos und Slums. Sozialleistungen, Arbeitnehmerrechte, Ausgaben für Kultur und Bildung werden immer weiter abgebaut.

Die nationalen Regierungen und transnationale Zusammenschlüsse wie die EU schaffen mit ihrer Politik die maßgeblichen Rahmenbedingungen für diese kapitalistische Wirtschaftsordnung.

Gerechtfertigt wird diese Politik mit dem Versprechen "Wohlstand für alle" durch einen freien Markt und wirtschaftlichen Wachstum. Doch in der Realität ist das Gegenteil der Fall. Armut und Verteilungsdiskrepanzen sind nach wie vor vorherrschend. Im Jahr 2000 mussten weltweit mehr als 828 Millionen Menschen mit Unterernährung und ihren Folgen kämpfen (Quelle: FAO, September 2000). Vier Milliarden Menschen müssen mit weniger als 2 US-\$ pro Tag auskommen, gleichzeitig verfügen die 200 größten Transnationalen Konzerne zusammen über Einkünfte, die der Summe der Einkommen von 80% der Weltbevölkerung entspricht.

Die Staaten werden durch die Zusammenschlüsse, wie sie im Rahmen der EU erfolgen, teilweise in ihrer Souveränität eingeschränkt, was jedoch in erster Linie wirtschaftliche und sicherheitspolitische Bereiche betrifft. Diese Einschränkungen wurden ganz bewusst gewählt, um Interessen weltweit effektiver durchsetzen zu können und um auf europäischer Ebene Reformen durchzuführen, die auf nationaler Ebene nur mit bzw. gegen erheblichen Widerstand durchgeführt werden könnten. *(Was aber kein Plädoyer für die Nationalstaaten sein soll!)*

Das Ergebnis der Vereinigung ist eine undemo-

kratische Ordnung, die an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit orientiert ist. Eine Ordnung, die auf Ausbeutung, Ungerechtigkeiten und einem rücksichtslosen Profitstreben beruht.



Die Gewinner sind transnationale Konzerne und ein zahlenmäßig minimaler Bevölkerungsanteil.

Tragen wir unseren Protest gegen diese politische und wirtschaftliche Praxis auf die Straße. Zeigen wir Schröder und Chirac, den Repräsentanten dieser Wirtschaftspolitik, dass sie mit unserem Widerstand rechnen müssen.

Gegen einen kapitalistischen, auf Ausbeutung und Zerstörung beruhenden Wirtschaftsblock EU!

Für ein weltweites, herrschaftsfreies, gleichberechtigtes und gerechtes Miteinander!

Veranstaltung

Freitag, 8. Juni, 20h KTS: **Ya Basta!**

Eine Vertreterin von Ya Basta und der Tute bianca aus Mailand stellt ihre Gruppe und deren Praxis vor. Gleichzeitig dient die Veranstaltung der Mobilisierung gegen den G8 in Genua.

(veranstaltet vom Infoladen Freiburg)

Deutschland stoppen !

Den Aufbau der EU-Armee verhindern !

"Es wird ein nächstes Mal geben, obwohl ich nicht weiß, wann und wo!"[1] So der Ex-Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann nach dem Ende des NATO-Angriffskrieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Und beim nächsten Mal wollen sich die Europäer unter der Führung Deutschlands natürlich nicht so von den USA vorführen lassen wie bei der Bombardierung Jugoslawiens. Deshalb haben die Herrschenden in Europa ihre Konsequenzen aus dem Verlauf des Krieges gezogen und auf dem EU-Gipfel in Köln im Juni 1999 beschlossen, die Westeuropäische Union (WEU), ein ursprünglich gegen Deutschland gerichtetes Militärbündnis, in die EU zu integrieren. Damit wird die EU selbst zu einem Militärbündnis. Dafür soll das aus der deutsch-französischen Brigade hervorgegangene Eurokorps zu einer schnellen europäischen Eingreiftruppe ausgebaut werden. Auf dem EU-Gipfel in Helsinki im Dezember 1999 wurde dann beschlossen, dass diese Interventionstruppe aus 50.000-60.000 Soldaten bestehen soll, die, ausgerüstet mit hochmodernem Material, innerhalb von nur 60 Tagen mobilisiert werden soll, um bei Konflikten selbst in peripheren(!) Gebieten auf diesem Globus rasch nach dem Rechten sehen zu können. Im Klartext heißt das: Die EU will in Zukunft ihre Interessen weltweit auch militärisch durchsetzen. Bis 2003 soll der Aufbau dieser schnellen Eingreiftruppe abgeschlossen sein. Wer dann das Sagen in dieser Truppe haben wird, machen schon die Zahlen deutlich. Deutschland will mit 18.000 Soldaten etwa ein

Drittel der Kräfte bereitstellen, die restlichen zwei Drittel werden von den übrigen vierzehn EU-Staaten gestellt. Auch für einen deutschen Oberbefehlshaber dieser Truppe setzt sich das deutsche Regierungspersonal vehement ein.[2]

Damit die EU in ein auch militärisches Konkurrenzverhältnis mit den USA treten kann, müssen noch immense Rüstungsmaßnahmen bewältigt werden. Erste Schritte in diese Richtung sind mit der Bildung des größten europäischen Rüstungskonzerns, der European Aeronautic Defense and Space Company (EADS) aus der deutschen DASA, der französischen Aerospatiale Matra und der spanischen CASA schon gemacht. Durch die Forcierung des weltraumgestützten "Helios" Aufklärungssystems sollen Defizite in der Informationsbeschaffung beseitigt werden. Und Airbus baut einen eigenen europäischen Militärtransporter - nicht zuletzt dafür wird in Hamburg-Finkenwerder ein Naturschutzgebiet zugeschüttet. Die USA rea-



gieren auf diese Herausforderung durch die EU unter deutscher Führung mit Kritik. So formulierte der stellvertretende US-Außenminister Talbott unlängst: "Wir wollen keine europäische Verteidigungsinitiative erleben, die erst in der NATO entsteht, dann aus der NATO herauswächst und sich dann von der NATO wegbeugt." [3] Auch vor diesem Hintergrund muss der geplante Aufbau des amerikanischen Raketenabwehrprogramms gesehen werden. Noch sind die Europäer unter deutscher Führung gezwungen, auf die militärische Führungsmacht der USA Rücksicht zu nehmen. Deshalb betonen europäische Politiker auch ständig, die EU-Armee sei keine Konkurrenz zur NATO. In der Realität wird sie dies natürlich werden.

Vor diesem Hintergrund sind Positionen, wie die von Hans-Christian Ströbele (Jäger 90/Die Olivgrünen), der für den Aufbau der EU-Armee ist, weil damit angeblich Deutschland eingebunden und gebändigt wird [4], naiv bzw. gefährlich,

da die Durchsetzung deutscher Interessen momentan nur europäisch möglich ist. Er befördert damit genauso deutsche Großmachtspolitik wie andere "Linke" (z.B. die Wochenzeitung "Freitag" [5]), die fordern die EU müsse gegen die alleinige Weltmacht USA gestärkt werden. Ein hoher deutscher Offizier sah die Situation schon 1991 klarer: "Deutschland ist nicht mehr Objekt des Geschehens, sondern macht selbst das Spiel - und zwar mit europäischen Trumpfkarten!" [6]

1 Klaus Naumann zit. N. Arno Neuber. *Armee für alle Fälle. Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee*, in: ISW (Hrsg.) *ISW Report Nr. 44 vom August 2000*. S.3.

2 vgl. AP- Agenturmeldung. vom 15.11.2000. *Streit um General*.

3 Strobe Talbott zit. N. Oliver Thränert. *Wie die Europäer sicherheitspolitisch erwachsen werden wollen*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 24.7.2000, S.8.

4 Vgl. Interview mit Christian Ströbele "Die Grünen sind keine Kriegspartei", in: *Junge Welt* vom 3./4.3.2001. S.2f.

5 "Wer eine multipolare Welt amerikanischer Hegemonie vorzieht, wird dafür sorgen müssen, dass sich alternative Machtzentren entwickeln, die im Wettbewerb mit den USA bestehen können. Die Weltmacht Europa darf damit auch für europäische Linke kein Tabu sein.", so der "Freitag" im Frühjahr 2000. Zit. n. Ralf Schröder, *EU contra SDI*, in: *Konkret* 3/2001, S.40.

6 Zit. n. Johannes Varwick, *Sicherheit und Integration in Europa. Zur Renaissance der Westeuropäischen Union*, Opladen 1998, S.199.



Vom Recht auf Faulheit

"Die Arbeit als Beruf: als die Plackerei, wie die Vergangenheit sie einzig kennt, wurde sie kaum mehr in Frage gestellt. Sie wurde aus des Bürgers Zierde zur Sehnsucht der Erwerbslosen." [1]

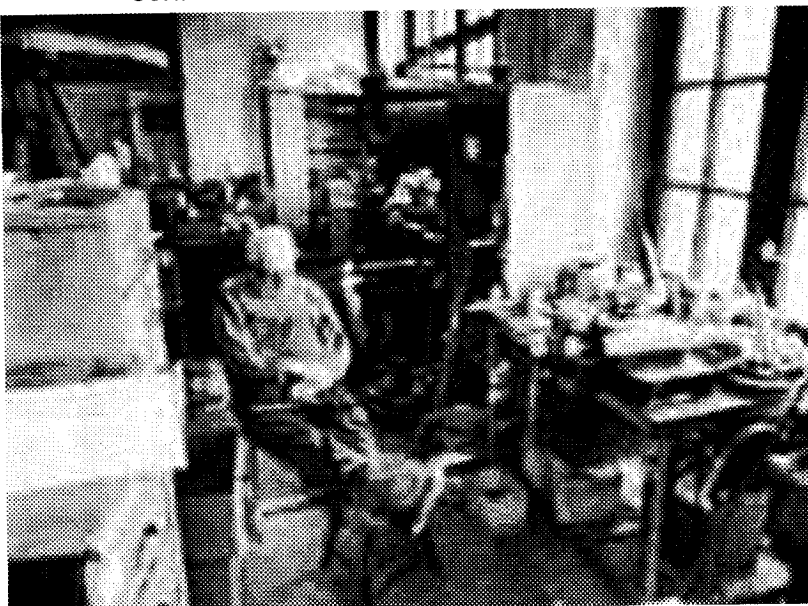
In der kapitalistischen Gesellschaft ist die schaffende Aktivität zur Warenproduktion geworden. Das Produkt der Arbeit ist nicht einfach nur ein Ding mit gewissen nützlichen Eigenschaften, sondern eines mit der speziellen Eigenschaft der Verkaufbarkeit. Die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse ist weder Ziel noch Resultat des Produktionsprozesses, statt dessen ist Produktion und Anhäufung von Wert zu einem völlig irrationalen Selbstzweck geworden. Manche Bedürfnisse, wie das nach Muße und Genuss fallen dabei unter den Tisch, andere, die ertragreich sind, werden durch Werbung noch stimuliert. Um den Produktionsprozess aufrecht zu erhalten, um den Absatz zu fördern, werden ständig neue, sinnlose Waren entwickelt, neue Bedürfnisse erzeugt. Sie tun alles, um den Standart der Langeweile zu erhöhen.

Wir sind nur ein lebendiges Anhängsel der Maschine, bis in unsere intimsten Regungen hinein werden wir vom Rhythmus der Maschine, vom Klappern der Tastaturen verfolgt. Der tägliche Ablauf wird von Stechuhren und Fließbändern, von Schikane und psychischen Druck vom Chef bestimmt, Leistungsfähigkeit ist alles, was zählt. Egal wie es uns gerade geht; was wann, wie viel und wie von uns getan wird, ist nicht unsere Entscheidung. Die immergleiche Tätigkeit macht uns stupide, wir verlieren unsere Kreativität. Arbeit und Stress sind die häufigsten unnatürlichen [2] Krankheitsursachen.

Im Austausch für die verkaufte Aktivität bekommen wir Geld, mit dem wir Waren kaufen können. Aber wir können uns keine Aktivität zurückkaufen. Diese Waren sind Konsumgüter, die uns ermöglichen, zu überleben und uns zu

regenerieren. Wir versuchen uns in der Freizeit ein wenig abzulenken, damit wir am nächsten Tag wieder brav Arbeiten können. Diese Reproduktion der Arbeitsfähigkeit und (durch das "Kinderkriegen") der Arbeitsfähigen, ist notwendig für die kapitalistische Vergesellschaftung, aber aus dem unmittelbaren Produktionsprozess herausgelöst und, als "weiblich" definiert, "nach Hause" verlagert: Putzen, Erziehung, Kochen, "Liebesarbeit".

Arbeit ist Produktion von Wert. Während Maschinen nur ihren eigenen Wert, Produkt früherer Arbeit, an das Werkstück abgeben, setzt Arbeit diesem neuen Wert zu. Denn die Arbeitszeit, die für die Reproduktion der Arbeitenden notwendig wäre (der Wert der Arbeitskraft, repräsentiert im Lohn), ist geringer als unsere tägliche Arbeitszeit. Wert wird daher gemessen in der unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen jeweils benötigten durchschnittlichen Arbeitszeit. Der Bestandteil des



zugefügten Werts, der über den der Arbeitskraft hinausgeht, ist der absolute Mehrwert. Rationalisierung, neue Maschinen, veränderte Waren, schnellere Arbeit ermöglichen es, billiger produzierte Waren über ihren Wert zu verkaufen und damit relativen Mehrwert abzuschöpfen [3]. In der modernen Gesellschaft hat die Bedeutung des relativen Mehrwerts die des absoluten überflügelt, damit wurde die wirtschaftliche Notwendigkeit durch die Notwendigkeit der endlosen wirtschaftlichen Entwicklung ersetzt.

Die vorsätzliche Entfremdung der Lebensaktivität, welche von den Mitgliedern der kapitalisti-

schen Gesellschaft als notwendig angesehen wird, erzeugt die kapitalistische Ordnung, in der Entfremdung notwendig ist, um zu überleben.

Schon der Begriff "Arbeit" sagt einiges über den Zwangs- und Ausbeutungscharakter aus, bedeutete es doch einst die Schufferei eines ver-



waisten und dadurch in Leibeigenschaft geratenen Kindes. "Laborare" bedeutete im Lateinischen so viel wie "Schwanken unter einer schweren Last" und meint Leiden und Schinderei des Sklaven. Die romanischen Wörter "travail", "trabajo" leiten sich vom lateinischen "tripalium" ab, einer Art Joch, das zur Folter und Bestrafung eingesetzt wird [4]. "Dass auch nach dem Kapitalismus der Zwang zur gesellschaftlichen Reproduktion nicht verschwindet, ist eine Banalität. Die Behauptung, Arbeit habe es schon immer gegeben und daran werde sich auch nichts ändern, kann im Sinne der Trivialität verstanden werden, da es immer einen Stoffwechsel mit der Natur geben wird. Doch der Begriff ist mit einer Reihe von Bedeutungen aufgeladen, die ihn als überhistorische Kategorie unbrauchbar machen." [5] Arbeit ist eine abstrakte Vergleichung konkreter Tätigkeit. Erst der Lohn löscht jede Besonderheit aus. Damit ist Arbeit eine gesellschaftliche Kategorie, die (als Lohnarbeit) erst durch die kapitalistische Verwertung (vorher stattdessen Sklavenarbeit oder Fronarbeit) kreierte wird, indem die Masse der Menschen mangels Produktionsmittel zum Verkauf der Ware

Arbeitskraft gezwungen wird; durch die Trennung der verschiedenen Lebenssphären (Arbeit, Reproduktion, Politik etc.) und so weiter. Trotzdem wird die Arbeit als scheinbar naturgesetzliche Notwendigkeit angesehen.

Ein Container der Arbeitskraft zu sein scheint derweil der einzige Sinn des Menschen zu sein. Arbeit wird zum Fetisch erhoben, wer in der Verwertung gerade nicht gebraucht wird, fühlt sich schon als sinnlos, hat nichts zu tun. Das protestantische Arbeitsethos liegt tief. Und so haben sich Linke, GewerkschaftlerInnen, Unternehmer, SozialdemokratenInnen und Faschisten auf eine Parole geeinigt: Arbeit! Arbeit! Arbeit! Es wird gekämpft für das Recht, ausgebeutet zu werden. Die Arbeitenden hoffen, dass beim nächsten mal nicht sie, sondern die anderen, die Nachbarabteilung, eine andere Branche oder "Ausländer" den Arbeitsplatz verlieren. Für die anderen wird mit ABM, Umschulungen oder Niedriglohnsektor krampfhaft nach einer "Beschäftigung" gesucht, sei es Schuheputzen für die Besserverdienenden oder sinnloses Ausheben und Wiederzufüllen von Löchern. Die in der Verwertung gerade nicht benötigten werden zudem selber für ihr Glück verantwortlich gemacht und sollen, denn "wer nicht arbeitet soll auch nicht essen", mit Kombilöhnen [6] und Leistungskürzungen bei Ablehnung eines Angebots zur Annahme von Billigstlohnjobs gezwungen werden. Schröder: "Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft". [7]

"Nicht auferlegen, verbieten muss man die Arbeit", hielt Lafargue dagegen: "O Faulheit, du



Mutter der Künste und der edlen Tugenden, sei du der Balsam für die Schmerzen der Menschheit!". [8] Natürlich ist die Abschaffung der Arbeit [9] nicht die Abschaffung der Tätigkeit an sich. Stattdessen bewirkt sie aber die Möglichkeit, das Leben so einzuteilen und zu tun und zu lassen, was und wie wir es wollen, egal ob diese Tätigkeit "objektiv not-

wendig" ist oder nicht. Sie ist die Aufhebung der Trennung zwischen Produktion und Konsum. Die Entdeckung der Langsamkeit. Gemeinsam die Dinge herzustellen [10] und zu nutzen, die wir brauchen, kann zum Genuss, zum Spiel werden. Und was wir brauchen bestimmen wir selbst.

Die radikale Kritik und die freie Neukonstruktion aller von der entfremdeten Wirklichkeit aufgezwungenen Werte und Verhaltensweisen sind das Programm der Revolution und die befreite Kreativität bei der Konstruktion aller Augenblicke und Ereignisse des Lebens ist die einzige Poesie, die diese anerkennen kann. Einer Poesie, die von allen gemacht wird, der Beginn der großen revolutionären Fete. Das Spiel ist die letzte Rationalität dieser Fete, Leben ohne tote Zeit und Genuss ohne Hemmnisse sind seine einzigen anerkannten Regeln. [11]

Anmerkungen:

[1] Max Horkheimer, *Autoritärer Staat*, 1942

[2] Auf die Problematik des Begriffs "Natürlichkeit" soll hier nicht näher eingegangen werden.

[3] Dies ist eine sehr vereinfachende Zusammenfassung der marxschen Wertformanalyse. Vgl. Karl Marx, *Das Kapital*, Band 1, MEW 23, Berlin 1962

[4] Nach: Gruppe Krisis, *Manifest gegen die Arbeit*, 1999

[5] Antinationale Gruppe, in: *Paparazzo*, Freiburg 1997

[6] Entweder Zuverdienstanteil zum Arbeitslosengeld oder subventionierter Niedriglohn. In jedem Fall für die Betroffenen ein langfristiger Einstieg in miese Jobs und gleichzeitig Lohndrücker für alle anderen.

[7] vgl. *Pflicht zur Arbeit*, *Jungle World* 16/2001

[8] beides aus: Paul Lafargue, *Das Recht auf Faulheit* (1883)

[9] Reformistische Modelle wie Existenzgeld u.ä. setzen voraus, dass die Arbeitsgesellschaft beibehalten wird. Vgl. z.B.: *Wenn Linke zu Bürgern werden... in: Terror der Ökonomie - Elend der Politik*, *Kongresszeitung des Bündnis*



gegen Arbeit, Freiburg 1999

[10] Dass dabei einerseits ein gewisses Niveau an Entwicklung der Produktivkräfte wünschenswert ist, andererseits die bisher vorhandene Maschinerie aber aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen entwickelt worden ist und zudem überwiegend der Produktion von Müll dient, macht das ganze leider etwas komplizierter. [11] Ein bisschen Situationismus zum Schluss, Guy Debord, zitiert nach *Plagiat #1*, Wien 1997

La Banda Vaga, Freiburg

Veranstaltung

Donnerstag, 7. Juni, 20h KTS:

**Ob normal oder flexi,
Arbeit macht nicht sexy**

Über's Faulenzen, Arbeitengehen,
Einwandern und Unterwandern
(veranstaltet von SOWOT)

Rebellion der Körper

Seit Anfang letzten Jahres machen sie auf sich aufmerksam, die weiß gekleideten "tute bianche" aus Italien. Auf Grund ihrer spektakulären Protestaktionen sind sie innerhalb kürzester Zeit zu den Stars der Bewegung aufgestiegen. Erstmals zu sehen waren sie 1993 auf einer Demonstration gegen die Räumung des Mailänder Centro Sociale "Leoncavallo", wo sie mittels ihrer weißen Overalls symbolisch die "Unsichtbaren" sichtbar machen wollten, diejenigen Gruppen wie beispielsweise Illegalisierte oder Obdachlose, die sich abseits des gesellschaftlichen Reichtums befanden und von denen in der Regel niemand groß Notiz nahm. Erweitert wurde das Konzept der tute bianche im Zusammenhang mit einer Demo gegen den Abschiebeknast "Via Corelli" in Mailand im Ja-



nuar 2000. Als die Polizei es damals ablehnte, eine Delegation JournalistInnen und AnwältInnen auf das Gefängnisgelände zu lassen, formierten sich hunderte AktivistInnen vor den Ketten der Ordnungshüter. Neben ihren weißen Anzügen trugen die Männer und Frauen zusätzlich Gasmasken und Helme sowie Polster aus Schwimmwesten und Schaumstoffmatten, die es ihnen ermöglichten, gegenüber den Polizeikräften standzuhalten, ja sie sogar zum Zurückweichen zu bewegen. Das Ergebnis: Die Abordnung durfte das Knastgelände betreten und am selben Abend noch verkündete der damalige italienische Innenminister Enzo Bianco die Auflösung des Abschiebegefängnisses.

Mittlerweile steht "tute bianche" für ein sich rasch verbreitendes, wenn auch nicht unumstrittenes Konzept des offensiven zivilen Ungehorsams. Es gibt inzwischen in Spanien, Mexico, Großbritannien und Finnland tute-bianche-

Gruppen, sogar auf der diesjährigen 1.Mai-Demo in Zürich wurden schon die ersten Weißgekleideten gesichtet.

Dadurch, dass die Aktionen nicht spontan, sondern kontrolliert und koordiniert ablaufen, soll das Konfliktniveau niedrig gehalten werden. Die Militanten in den weißen Overalls wollen ihren Körper zur Waffe machen, und da im Kapitalismus der Körper eine Ware ist, rufen sie zur "Rebellion der Körper" auf. Die Aktionsform der tute bianche wird vor allem von den AktivistInnen von Ya Basta!, einem Zusammenschluss internationalistischer Gruppen in Italien getragen. Ya Basta! hat sich 1994 mit dem Beginn des zapatistischen Aufstands in Mexico gebildet. Neben konkreten Unterstützungsprojekten in Chiapas hat Ya-Basta-Mailand in den vergangenen Jahren auch an der Entwicklung des globalen Protestnetzwerks PGA (Peoples' Global Action) mitgewirkt. Die AktivistInnen von Ya Basta! organisieren sich größtenteils in den über 200 italienischen Centri Sociale - besetzten und selbstverwalteten Zentren, die am ehesten noch mit großen autonomen Zentren in der BRD verglichen werden können. Viele AktivistInnen von Ya Basta! beziehen sich auf die "Autonomia Operaia" (organisierte Arbeiterautonomie), die, Mitte der 70er Jahre entstanden, Jugendliche und ArbeiterInnen organisierte und versuchte, Freiräume für diese zu schaffen. Die Autonomia Operaia war vor allem in den Fabriken vertreten und ist Ende der 70er Jahre unter der Repression der Staatsorgane zerbrochen.

Die Aktionen der tute bianche werden jeweils im Vorfeld der Presse angekündigt, was deren Symbolhaftigkeit unterstreicht. Sie wollen die Konfrontation, um auf diese Weise die Gewalt des Systems zum Ausdruck zu bringen. Doch mitunter aus diesem Grund sind sie in Italien sehr umstritten. Ihnen wird vorgeworfen, ihre Aktionen zu sehr auf die Medien auszurichten. Darüber hinaus wird ihr "dominantes Auftreten" während Demonstrationen kritisiert.

Veranstaltung (Vortrag/Film/Diskussion) mit einer Vertreterin von Ya Basta! aus Mailand am 8.6., 20 Uhr in der KTS. Es wird auch über den kommenden G8 in Genua gesprochen werden.

Peoples' Global Action

Chronik einer Protestdynamik

Ökonomische Restrukturierungen und weltweiter Widerstand

In den letzten Jahren finden in Europa und weltweit umwälzende wirtschaftliche Restrukturierungen statt. Die Wirtschaftsräume werden liberalisiert, es wird sich um Marktanteile gestritten, Wettbewerb und die Logik des "Stärkeren gewinnt" prägen das Panorama. Der Sozialstaat wird abgebaut und immer stärker auf Kontrollstaat reduziert. In einer Situation von konkurrierenden Menschen, Firmen und Wirtschaftsräumen, gibt es für jeden Gewinner zwangsläufige Verlierer, weil nicht alle in diesen Kreislauf eingebunden werden können. Große Bevölkerungsgruppen, Regionen, sogar Kontinente werden entsprechend dieser Logik immer stärker marginalisiert, unsichtbar und überflüssig.

Bei vielen Menschen in Europa und anderswo herrscht Unbehagen, es wird nach Lösungen gesucht. Außerhalb Europas kommt es zu regelrechten Aufständen. In Lateinamerika z.B. schließen sich Indios, Schwarze und Bauern im ganzen Kontinent zusammen gegen die Vertreibung aus ihrem Land, dessen Plünderung und Vermarktung.

Es ist also deshalb nicht verwunderlich, dass gerade ein Aufstand der EinwohnerInnen von Chiapas/Mexiko 1994 eine Protestdynamik im Rest der Welt ankurbeln konnte. Im Norden haben sich in den letzten Jahren die Proteste gegen diese Entwicklung auch gehäuft und äußern sich in massiven Protesten des zivilen Ungehorsams anlässlich der Gipfel der mächtigen Institutionen wie die WTO, IWF, G8 usw., die die weltweite neoliberale Restrukturierung vorantreiben. Seit dem WTO Gipfel in Seattle konnte kein größeres "Event" ungestört ablaufen. Die Legitimität dieser Institutionen sowie die Ideologie, die sie verbreiten, sind angekratzt.

Im Protest fließen verschiedene Strömungen, politische Kulturen und Aktionsformen zusammen. Es gibt auch immer mehr Menschen die das System an sich und die herrschende kapitalistische Ideologie in Frage stellen. Immer mehr Individuen, Gruppen und soziale Bewegungen versuchen sich in horizontalen, anti-autoritären Räumen zu organisieren um in der Vielfalt ihren Anliegen eine gemeinsame Artikulierung zu verleihen, voneinander zu lernen und neue gesellschaftliche Organisationsmodelle zu entwickeln und zu implementieren. Peoples' Global Action ist ein solcher Konvergenzraum der seit 1998 ins Leben gerufen wurde. (www.agp.org)

Kurze Geschichte des globalen Widerstandes

In den 90er Jahren hatten immer mehr Teile ehemals systemkritischer Bewegungen (in den "Metropolen" die sog. "Neuen Sozialen Bewegungen", in der "Peripherie" Befreiungsbewegungen) eine immer stärkere Anpassung an

das herrschende System vollzogen - nicht (nur) aus purem Opportunismus, sondern u.a. aus Desillusionierung und Mangel an greifbaren Alternativen. So wurden aus vielen Bewegungen und Gruppen NGO's (Nicht-Regierungs-Gruppen) oder sozialdemokratisch-neoliberale Parteien, die sich von der Illusion nährten, der einst schon bei der fordistischen "Klassenpartnerschaft" die Gewerkschaften aufgesessen waren: dass, wenn man nur pragmatisch und kompromissbereit genug sei, man auch "ernst" genommen und sein Ziel (welches sich allerdings inzwischen auch geändert hatte) früher oder später erreichen würde.



In dieser Situation fand ein Aufstand statt mit weitreichenden Folgen: am 1.1.1994, dem Tag, an dem Mexiko der Nord-amerikanischen Freihandelszone (NAFTA) beitrug, besetzte die Zapatistische Armee zur Nationalen Befreiung (EZLN) mehrere Rathäuser, Polizeistationen u.a. im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas und füllte die uralten Forderungen nach "Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit!" mit neuem Leben. Eine Guerilla, die nicht um, sondern

gegen die Macht kämpfen wollte. Im Sommer '96 rief sie zu einem 1. Interkontinentalen - nein, "Intergalaktischen Treffen gegen den Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft" auf. Mit dieser Initiative wurden alle, die sich immer noch nicht ganz mit der bestehenden Weltordnung angefreundet hatten, in den lakonischen Urwald eingeladen, um zu beraten, was mensch gegen diesen Feind der Menschheit, der sich jetzt den Namen "Neoliberalismus" gegeben hatte, unternehmen könne. Tatsächlich folgten über 3.000 Menschen aus aller Welt diesem Aufruf zur Bildung eines "weltweiten Netzwerkes der Widerständigkeiten gegen den Neoliberalismus".

Dabei hatten die Zapatistas einem Gefühl Gestalt gegeben, das schon damals viele hatten und welches sich in der folgenden Zeit immer weiter ausbreiten sollte: "Global oder gar nicht!" war die (tatsächlich gar nicht so) neue Idee. Dies hatte auch mit den Veränderungen der weltpolitischen und -ökonomischen Lage zu tun. So bedeutet Neoliberalismus unter anderem, dass ehemals nationalstaatliche Kompetenzen immer mehr auf supranationale Ebenen verlagert werden, was allerdings die Macht des Nationalstaates keineswegs schmälert. So war es ein recht logischer, aber nichtsdestotrotz bedeutsamer Schritt, den Widerstand ebenfalls auf die globale Ebene zu bringen.

Beim 2. Intergalaktischen Treffen im Sommer '97 beschloss dann eine Gruppe, den Gedanken der Zapatistas aufzugreifen und mit dem Aufbau eines Netzwerkes zu beginnen.

Auf einer Konferenz in Genf im Februar 1998 wurde dieses Netzwerk dann offiziell unter dem Namen "Peoples' Global Action gegen "Frei"handel und die WTO" gegründet. Die bis dahin nahezu unbekannte Welthandelsorganisation WTO wurde auserkoren, weil sie besser als jede andere die neuen ökonomischen Machtverschiebungen deutlich macht.

PGA versteht sich als offenes Netzwerk und Mittel zur Kommunikation und Koordination, nicht als Organisation, d.h. die Gruppen und Bewegungen, die an PGA teilnehmen, sind weiterhin völlig autonom in ihren Entscheidungen. Es gibt weder eine Mitgliedschaft noch ein "ZK", welches Aktionen zentral plant und dann an die jeweiligen Gruppen zur Ausführung weiterleitet.

Globale Aktionstage

Diese neue globale Allianz trat das erste Mal im Mai '98 zu den Protesten gegen die 2.WTO-Ministerkonferenz in Genf auf die Bühne - mit für fast alle Beteiligten unerwartet großem Erfolg: In Genf selbst protestierten am 1.Globalen Aktionstag, am 16.5., 8-10.000 Menschen und degradierten in den Zeitungsmeldungen der Schweiz die eigentliche Konferenz fast zum Nebenereignis. Die Behörden reagierten mit einer heftigen Repressionswelle. Auch international war die Resonanz beeindruckend - in mehr als 60 Ländern fanden Aktionen in Zusammenhang mit der WTO statt, allein in Indien fanden über 100 Aktionen mit z.T. mehreren hunderttausend TeilnehmerInnen statt, in Brasilien gab es einen Sternmarsch von 40.000 Landlosen usw....

Im folgenden Jahr fand eine Intercontinentale Karawane (ICC) mit fast 500 TeilnehmerInnen aus Indien und anderen Ländern durch Europa statt, die am 18. Juni in Köln zum Weltwirtschaftsgipfel eintraf. Am gleichen Tag fand ein weiterer globaler antikapitalistischer Aktionstag statt, zu dem die Londoner Bewegung "Reclaim The Streets" aufgerufen hatte. In London kam es zu den schwersten Ausschreitungen seit über 15 Jahren. Dabei wurde auch

das Thema Kapitalismus wieder auf die Tagesordnung gesetzt: In vielen Ländern hatte es ähnliche Diskussionen gegeben, dass eine Kritik an Neoliberalismus und Globalisierung nicht ausreiche, da sie nicht das Übel an der Wurzel erfasse (allerdings wurde schon im 1.Manifest von PGA festgehalten, dass Globalisierung und Handelsliberalisierung nur die derzeitigen Strategien des Kapitals seien), was unter anderem auch damit zusammenhing, dass es in vielen Ländern Erfahrungen mit stark nationalistischen und protektionistischen Gruppen gegeben hatten, die ebenfalls gegen Freihandel und Globalisierung aktiv waren.

Diese Diskussionen flossen bei der 2. PGA-Konferenz im August '99 in Bangalore, Indien, mit ein und führten u.a.

zur Erweiterung der Grundsätze von PGA in klarer Ablehnung von Kapitalismus, Rassismus, Patriarchat und religiösem Fundamentalismus. Dort wurde auch beschlossen, zu Aktionen gegen die 3. WTO-Ministerkonferenz Ende November in Seattle aufzurufen. Der 3.Globaler Aktionstag, der am 30.November (N30) stattfand, ist inzwischen fast zu einem Mythos avanciert: Zum erstem Mal in der kurzen Geschichte der globalen Aktionstage gelang es einer breiten Allianz, die von NGO-Verbänden über Öko-Anarchos bis hin zum amerikanischen Gewerkschaftsdachverband reichte, eine Konferenz der selbsternannten "global leaders" zum Scheitern zu bringen und damit einen ersten Sieg zu erringen. Dabei waren allerdings diese neuen Allianzen, die häufig mit dem Slogan "Steelworkers and turtles together at last" - Schildkröten und Gruppe engagierter Stahlarbeiter endlich vereint (einige UmweltschützerInnen hatten sich in Anspielung auf ein Urteil der WTO, in dem der Schutz bedrohter Seeschildkröten aufgehoben wurde, als solche verkleidet) zusammengefasst wurden, keinesfalls so harmonisch, wie das von außen wirkte. Zwischen den Positionen der eher reformistischen NGO's, den großteils nationalistisch-protektionistischen Gewerkschaften und denen der radikaleren Gruppen, die innerhalb des Direct Action Network (DAN) oder im Rahmen der PGA-Karawane agierten, lagen auch erhebliche Widersprüche, wenn die einen den Schutz vor Billigimporten zum Schutz nationaler Arbeitsplätze oder Umweltschutz- und Sozialklauseln durch bzw. in der WTO forderten und die anderen deren Abschaffung.

Auch wenn im nachhinein alle Seattle als Erfolg für sich verbuchten - selbst diejenigen, die mit am WTO-Tisch saßen, um den hohen Herren die eine oder andere Reform im Kleingedruckten abzubetteln - eins hat Seattle ganz sicher bewirkt: das Bewusstsein, dass der globale Kapitalismus, der sich (neben den konkreten Beschlüssen, die auf solchen Treffen gefällt werden) bei dieser großspurig als "Milleniumstreffen" angekündigten Konferenz selber feiern wollte, angreifbar ist - wenn auch vorerst nur auf der symbolischen Ebene.

Seit Seattle gab es weder Regierungstreffen noch Gipfel mächtiger Institutionen, die nicht ohne lauten Protest zu Ende gegangen sind - Davos, Okinawa, Bologna, Melbourne, Prag, Nizza, Quebec...

Post Seattle Ergebnis

Indem die globalen Aktionstage gegen Institutionen wie die WTO, WB oder IWF konsequent deren Legitimität und Grund zu existieren angegriffen haben, haben sie einen Raum geöffnet, um über Kapitalismus nachzudenken und ihn anzugreifen. Jede Mobilisierung hat eine

wachsenden Menge an (besonders jungen) Leuten inspiriert, sich in autonomen Aktionsgruppen zu organisieren, hat das Bewusstsein von Teilen der Gesellschaft geweckt und deren Sympathie gewonnen.



Das Unsichtbare sichtbar machen

Was unter anderem viele von diesen Menschen verbindet, ist, dass sie die "Unsichtbaren" sind, d.h. die Menschen, die nicht in die Konkurrenzlogik passen, weil sie es nicht wollen oder weil sie nicht konkurrenzfähig sind. Es sind die 'sans-papiers', die Menschen, die an der Festung der reichen Staaten abprallen. Es sind die Menschen, die eine Lebensform außerhalb der kapitalistischen Verwertungslogik entwickelt haben und heute jedoch in Gebieten leben, in denen das Kapital auf die Ressourcen scharf ist. Diese Menschen sind der 'surplus', die Überflüssigen, diejenigen, die das System nicht braucht und abstößt.

Dieser Gedanke wird immer stärker aufgegriffen und führt die Menschen dazu, sich weltweit zu organisieren, um sich Sichtbarkeit zu verleihen, genau wie die Zapatistas ihre 'Gesichter maskiert haben, um ihr wahres Gesicht zu zeigen' oder die 'tute blanche' in Europa sich weiß kleiden symbolisch für "Unsichtbarkeit".

Dynamik

Der Erfolg dieser globalen Aktionstage rührt zu einem großen Teil daher, dass deren Artikulation auf Autonomie und Dezentralisierung erfolgt und nicht auf bürokratische Strukturen und ungleiche Machtbeziehungen. Diese Philosophie ist auch im PGA-manifesto wie folgend reflektiert:

"Es gibt viele verschiedene Arten des Widerstandes gegen die kapitalistische Globalisierung und deren Konsequenzen. Auf dem Level des Einzelnen müssen wir unser tägliches Leben verändern, uns befreien von den Gesetzen des Marktes und der privaten Profitorientierung. Auf einem kollektiven Level müssen wir eine Vielfalt an Organisationsformen entwickeln und dabei anerkennen, dass es nicht nur einen Weg gibt, um die Probleme zu lösen, die wir angehen. Diese Organisationen müssen unabhängig von Regierungsstrukturen und ökonomischer Macht sein und müssen auf Basisdemokratie fundiert sein. Diese Formen der autonomen Organisation sollten lokal entstehen, in lokalen Gemeinschaften verwurzelt sein und gleichzeitig internationale Solidarität praktizieren. Sie sollten Brücken aufbauen zwischen verschiedenen sozialen Sektoren, Menschen und Organisationen, die überall in der Welt bereits Widerstand leisten."

Diese global dezentralisierten und autonomen Verbindungen und Aktionsformen haben bereits eine Veränderung im Bewusstsein vieler Leute bewirkt, die beschlossenen haben, in dieser Struktur mitzuwirken.

Perspektiven

Die "globalen Aktionen" tragen möglicherweise dazu bei, bei den Menschen Denkprozesse auszulösen. Viele loka-

"....ein kollektives Netzwerk all unser Teilkämpfe und Widerständigkeiten zu schaffen. Ein interkontinentales Netzwerk des Widerstandes gegen den Neoliberalismus, ein interkontinentales Netzwerk für die Menschlichkeit. Dieses interkontinentale Netzwerk, das Unterschiedlichkeiten respektiert und Ähnlichkeiten anerkennt, wird versuchen, sich mit anderen Widerständigkeiten zusammenzufinden. Dieses interkontinentale Netzwerk der Widerstände ist keine Organisationsstruktur; es hat keinen zentralen Kopf oder Entscheidungsträger, kein Zentralkomitee oder Hierarchien. Wir alle bilden dieses Netzwerk, alle, die wir Widerstand leisten."

(EZLN aus der 2. Erklärung der Selva Lakandona)

le Gruppen und Bewegungen setzen ihre lokale Arbeit in einen globalen Kontext.

Die nächste globale Konferenz wird im September 2001 in Cochabamba/Bolivien stattfinden. Wichtiger Anknüpfungspunkt zurzeit ist die Entwicklung um die Intervention in Kolumbien, die viele indigene, bäuerlichen und schwarze Bewegungen zusammenbringt. Auch der Zugang zu Land und Wasser soll global stärker thematisiert werden.



Grüße von Anna und Arthur

Es gibt viele Situationen, in denen die Staatsmacht versucht, Leute auszuquetschen. Neben den üblichen Verhörsituationen nach einer Festnahme und nach einer Vorladung sollen hier auch Anquatschversuche in weiterem Sinne daruntergefasst werden.

JedeR kennt sie wohl, die "Deeskalationsbullen", die mittlerweile bei fast jeder größeren Demo auftauchen und nette Flyer verteilen. Und während die einen in echter Arbeitsteilung die Leute verprügeln, labern einen die anderen voll: "Der Zweck der Demo ist ja völlig legitim, aber bitte ohne Gewalt..." und "wenn ich heute keinen Dienst hätte, würde ich auch mitdemonstrieren..." - alles schon gehört. Dann mischen sich auch scheinbar harmlose Fragen darunter wie z.B. "Von wo seid ihr denn angereist?", "wie habt ihr von der Demo erfahren?", "wie viele seid ihr denn?" oder "wo übernachtet ihr?" Immer wieder kommt es vor, dass DemonstrantInnen auf diese Masche hereinfliegen, aber

"mensch Mädchen, was hast du dir denn dabei gedacht?". Dass Bullen *immer* auf der anderen Seite stehen, wird schnell übersehen. Es wäre auch nicht das erste Mal, dass sie einen Spitzel in den Gefangenentransporter reinsetzen, der dann so ganz nebenbei fragt, was man/frau denn ausgefressen hat.

Einem Verhörversuch nach einer Festnahme kann sich leider niemand entziehen, aber das Wissen um die Rechte ist sehr hilfreich:

- *Es besteht keine Aussagepflicht!*
- *Du musst nix unterschreiben!*
- *Du hast das Recht, den Grund für die Festnahme zu erfahren und*
- *gegen eine ED-Behandlung schriftlich Widerspruch einzulegen,*
- *ein Protokoll über beschlagnahmte Sachen zu erhalten,*
- *bei Verletzungen eineN ÄrztIn zu sehen*
- *eineN AnwältIn/AngehörigeN anzurufen.*



man/frau soll sich hier nix vormachen: Die "Psycho-Bullen" sind speziell geschulte Bullen, die genau eingetrichtert bekommen, welche Fragen sie den DemonstrationsteilnehmerInnen stellen sollen, mit dem Ziel, an so viele Informationen wie möglich zu gelangen. Doch tun wir ihnen den Gefallen nicht und lassen uns auf keine Gespräche mit ihnen ein, auch nicht auf scheinbar harmlose "Small-talks"!

Nach einer Festnahme kann es sein, dass einen die Bullen gleich ausquetschen wollen, möglicherweise unter der Behauptung, dies sei ja noch gar kein Verhör. Manchmal kommen sie auch auf die "väterliche Tour" nach dem Motto

Angaben musst du lediglich machen zu deiner Person, das heißt Name, Adresse, Geburtsdatum und grobe Berufsangabe (z.B. StudentIn, ArbeiterIn...). *Kein Wort mehr!* Nichts über Eltern, Schule, Firma, Wetter... einfach GARNIX!!! Versuche, einen klaren Kopf zu behalten und reagiere nicht auf Provokationen und Beleidigungen. Fall' nicht herein auf die Nummer mit dem guten Onkel-Bullen, der es nur gut mit dir meint, und dem "Schimanski-Typ", der ausflippt und dir gerne die Fresse polieren möchte. Versuche irgendwie, alles an dir abprallen zu lassen.

Die Idee, die Bullen reinlegen zu können bzw. dich irgendwie rauszureden - vergiss' es! Jede Situation ist günstiger, sich etwas Schlaues zu überlegen, als die, wenn du bei den Bullen sitzt! Gemeinsam mit eineR AnwältIn lässt sich gegebenenfalls eine gute Strategie besser festlegen. Das Wichtigste ist, gegenüber Bullen so ruhig wie möglich zu bleiben - im wahrsten Sinne des Wortes. Denn noch immer gilt:

**ANNA und ARTHUR
halten's MAUL!!!**

Tipps für vor, während und nach einer Demo

EU-Gipfel in Göteborg, Weltbank-Tagung in Barcelona, G8-Gipfel in Genua - vielleicht überlegt sich ja der eine oder die andere, an einer der zahlreichen internationalen Protestaktionen diesen Sommer teilzunehmen. Doch egal wo, die Bullen werden sicherlich nicht zimperlich sein beim Umgang mit DemonstrationsteilnehmerInnen. Vielleicht ist es deshalb ganz sinnvoll, sich zur Demo ein paar "gute Ratschläge" mitzunehmen, die möglicherweise helfen, unnötigen Stress zu vermeiden.

Bereits vor einer Demo oder Aktion empfiehlt es sich, verschiedene Dinge zu beachten, um im Falle einer Festnahme den eventuell zu erwartenden Stress auf möglichst kleinem Level zu halten.

Vorbereitung: Säubere deine Wohnung, bevor du auf eine Demo gehst oder an einer Aktion teilnimmst, was konkret bedeutet, alles zu entfernen, was den Verfolgungsbehörden irgendwie als Beweismittel dienen könnte. Auch Material, das ihnen Einblicke in interne Organisationsstrukturen bietet oder ihnen Aufschluss über Diskussionen etc. geben könnte - versuche am besten, es so unterzubringen, dass es ihnen nicht in die Finger fällt. Auch an persönlichen Dingen wie Adressbüchern, Telefonlisten, Fotoalben und Tagebüchern sind die Bullen sehr interessiert. Ganz besonders versessen sind sie jedoch auf Rechner: Bei einer Hausdurchsuchung wird in der Regel der gesamte Rechner beschlagnahmt, samt aller Datenträger, die sie finden können.

Deine Jacken- und Hosentaschen sollten ebenfalls nichts Aufschlussreiches enthalten, nur das, was du unmittelbar für die Demo brauchst. Nimm' auf keinen Fall ein Adressbuch mit auf eine Demo und checke, ob du in deinem Geldbeutel nicht doch noch ein paar Notizen findest, die du besser nicht mitnehmen solltest. Dumm gelaufen ist es, wenn die Bullen bei einer "Leibesvisitation" irgendwo in einer Jackentasche ein schon ewig vergessenes Piece finden - also lieber nochmal gründlich suchen.

Zudem solltest du Alk zu Hause lassen, da dadurch eventuell dein Wahrnehmungsvermögen beeinträchtigt wird und du in diesem Fall dich und andere unnötig in Gefahr bringen könntest. Leider wurden in der Vergangenheit auch schon häufig Menschen durch Hunde und Fahrräder verletzt, hauptsächlich, wenn es zu einem Gedränge kam - deshalb vielleicht doch lieber zu Hause lassen.

Mitnehmen auf eine Demo solltest du einen gültigen Ausweis sowie etwas Geld und eine Telefonkarte. Auch Schreibzeug ist ganz nützlich, um ggf. schnell ein paar Notizen machen zu können. Falls du regelmäßig Medikamente einnehmen musst, Sorge dafür, dass du sie in ausreichender Menge dabei hast, da sich die Bullen bei einer Festnahme oder Einkesselung in der Regel recht wenig um dein gesundheitliches Wohlbefinden sorgen.



Da die Bullen immer wieder gern Tränengas einsetzen, solltest du keine Cremes, Schminke, Fettstifte etc. verwenden, denn daran reichert sich CN/CS-Gas besonders an.

Kleide dich grundsätzlich dem zu erwartenden Wetter und der Bestimmung der Demo gemäß, jedoch auch im Sommer nicht zu leicht (keine Birkenstockschuhe!), da die Kleidung auch Schutz gegen Knüppel und Pfefferspray bieten soll. Ein Regenschutz verhindert, dass dich ein Wasserwerfereinsatz gleich völlig durchnässen kann - am besten ein eher unauffälliger, da du immer damit rechnen musst, dass Bullen vor, während und nach einer Demo filmen. Klamotten in allzu grellen Farben stehen dem Kameramann bzw. der Kamerafrau leicht ins Auge und machen es den AktivbürgerInnen einfach, dich zu denunzieren.

Solltest du irgendwelches Material mit zur Demo bzw. zur Aktion nehmen, um damit "illegale Dinge" zu tun (Spraydosen, Farbeier etc.),

dann pass' auf, dass keine Fingerabdrücke drauf sind - immer Handschuhe anziehen! Das Wichtigste bei einer Aktion ist, dass damit immer der politische Inhalt, worum es denn eigentlich geht, vermittelt wird. Die eingesetzten Mittel müssen dem entsprechen. Es empfiehlt sich, nur Aktionen durchzuführen, die man/frau sich auch wirklich zutraut und richtig findet. Diese Überlegungen sind bei der Materialauswahl immer zu machen.

Während der Demo: Der grundsätzlich beste Schutz gegen Bullenübergriffe (und auch Faschoübergriffe) ist, mit FreundInnen oder GenossInnen zusammen zur Demo zu gehen und sich auch während der Demo bei Leuten aufzuhalten, die man/frau kennt. Bei Leuten, die

denken, um sich im Gewirr wiederzufinden, ohne die Namen herumrufen zu müssen. Falls du Zivibullen in oder am Rande der Demo entdeckst (häufig gut getarnte junge Männer mit zum Teil fast unsichtbarem Stöpsel im Ohr), mach' andere DemoteilnehmerInnen auf sie aufmerksam und teilt ihnen dann nach Möglichkeit mit, dass sie in der Demo unerwünscht sind.

Vorsicht ist zudem geboten vor den zahlreichen Fotografierenden und Filmenden am Rande der Demo. Neben TV-Leuten und TouristInnen bewegen sich auch zunehmend gerne einzelne Faschos in der Nähe von Demos. Hast du ein ungutes Gefühl oder erkennst jemanden, dann informiere Leute und mach ihnen klar, dass sie sich verpissen sollen.



Sollte es zu einem Bullenübergriff kommen - keine Panik. Rennen ist i.d.R. nicht die beste Lösung! Erstmal tief durchatmen, stehen bleiben und checken was überhaupt geht. Fordere auch andere dazu auf, sich nicht panisch zu verhalten (ist leicht gesagt, aber es kann ganz gut funktionieren). Achte mit anderen nach Möglichkeit darauf, dass die Bullen die Demo nicht spalten können - ggf. geschlossen und *langsam* zurückziehen!

alleine sind, fällt es leichter, sie herauszugreifen. Überhaupt nach Aktionen warten die Bullen häufig einen günstigen Augenblick ab, um einzelne Beteiligte aus der Demo herauszuziehen. Bei einer Gruppe haben sie es schwerer, denn du kannst dir zumindest der Unterstützung deiner FreundInnen sicher sein.

Überlege dir, wann, wie und wo du eine Aktion aus der Demo heraus startest, damit sie (und auch die zu erwartende Reaktion der Bullen) die Demo nicht sprengt. Überhaupt ist viel Vorsicht geboten, wenn du etwas angreifst: Ist das Risiko abschätzbar? Sind Unbeteiligte außer Reich- bzw. Wurfweite? Ist genügend Schutz vorhanden?

Sprich mit deinen FreundInnen oder GenossInnen einen Treffpunkt ab für den Fall, dass ihr euch während der Demo verliert. Bewährt hat sich auch, sich einen "Erkennungsruf" auszu-

Wurdest du oder jemand anderes verletzt, dann wende dich an die besonders gekennzeichneten Demo-SanitäterInnen. Findest du keine, dann gehe entweder zum Lautsprecherwagen oder frage andere DemoteilnehmerInnen um Hilfe. Kümmere dich um Verletzte! Häufig reicht es schon aus, sie beiseite zu nehmen und beruhigend auf sie einzureden - so lange, bis Hilfe kommt.

Nach der Demo: Pass' auf beim Verlassen der Demo! Wie bereits erwähnt warten Bullen und Faschos immer gerne auf eine Gelegenheit, sich einzelne Leute zu schnappen. Also geht in Gruppen!

Ungebrauchtes Material sollte "fachgerecht" entsorgt werden, d.h. ohne Fingerabdrücke und unauffällig, und so, dass es die Bullen später nicht finden. Trage keine nicht losgewordenen Farbeier, Steine oder sowas mit dir rum, denn

du könntest in eine Nachkontrolle geraten. Und wenn du etwas eilig entsorgen musstest, dann könnte es riskant sein, es einige Stunden später zu holen. Warst du Zeugn oder BetroffeneR eines Bullenübergriffs oder einer Festnahme, dann fertige ein Gedächtnisprotokoll an (Ort, Zeit, Namen, Verletzte? was passiert ist etc.). Melde dich auf jeden Fall beim Ermittlungsausschuss (EA), dessen Telefonnummer vor jeder Demo bekanntgegeben wird!



In diesem Sinne - viel Erfolg und Spaß auf Demos und bei Aktionen...

Fight the power!

Ermittlungsausschuss

Bei den meisten Demos/Aktionen wird von den VeranstalterInnen ein EA eingerichtet, in einigen Städten - z.B. in Freiburg - gibt es auch feste EA-Gruppen. Hier werden Namen von Verletzten und Festgenommenen gesammelt sowie AnwältInnen vermittelt. Leute, die Stress mit der Verfolgungsbehörde haben, melden sich beim EA und können dort ggf. zusammenklären, wie weiter vorgegangen werden soll. Menschen, die während der Demo Betroffene oder ZeugnInnen von Übergriffen wurden, sollten ihre Gedächtnisprotokolle dem EA zur Verfügung stellen. Werden nach der Demo TeilnehmerInnen vermisst, kann man/frau beim EA nachfragen, ob er Infos über die betreffende Person hat. Darum ist es wichtig, dass ihr den EA mit Infos versorgt, d.h. z.B. euch die Namen von Festgenommenen zurufen lasst und diese dem EA weiterleitet.

Die Telefonnummer des Freiburger EAs lautet: 0761/4097251

Brennpunkt Kolumbien

Das Augenmerk der Metropolstaaten von USA und EU sowie internationaler Investoren richtet sich zurzeit auf das Gebiet zwischen Mittel- und Südamerika, insbesondere Kolumbien, wo derzeit eine groß angelegte geostrategische Intervention durchgeführt wird: auf Grund eines zunehmenden Warenflusses und Handelsverkehrs in Zeiten der wirtschaftlichen Globalisierung sowie wachsender Spannungen um den Zugang zu Erdöl und anderen Ressourcen, ist eine politische Sicherung und wirtschaftliche Erschließung dieser Gegend von extrem hoher Bedeutung. Um derart wichtige ökonomische Interessen durchzusetzen, wird nicht davor gescheut, wie bereits zu Zeiten der spanischen Eroberer vor 500 Jahren die Bevölkerung zu vertreiben und die sozialen Bewegungen, die in der Quere stehen, mit grausamer Gewalt wortwörtlich zu beseitigen.

Am Beispiel Kolumbien ist zu sehen, wie Politik und Wirtschaft im Zeitalter der Globalisierung

funktionieren: Zur Sicherung ihrer "vitalen Interessen" intervenieren die USA auf "Gottes eigenem Hinterhof", natürlich mit tatkräftiger Unterstützung der sog. "internationalen Wertegemeinschaft", welche sich ja schon im Kosovo-Krieg so fabelhaft bewährt hat. Die "vitalen Interessen", daraus macht die US-Regierung übrigens selbst auch keinen Hehl, liegen in der Absicherung der Auslandsinvestitionen "ihres" multinationalen Kapitals, insbesondere der Erdölindustrie.

Im Sommer 2000 bewilligte der US-Kongress 1,3 Mrd. US-\$ für eine Militärintervention in Kolumbien, der sogenannte *Plan Colombia*. Während der Diskussionen im US-Kongress zu Plan Colombia drängten die Senatoren Dewine, Grasseley und Coverdell den US-Kongress, Ölinvestitionen Priorität zu geben. Kolumbien gilt als Brückenkopf, zugleich aber auch als ein großer Destabilisierungsfaktor in der gesamten

Region. Und tatsächlich ist die ganze Region ein Pulverfass: In Peru, Bolivien und Ecuador machen soziale Bewegungen, hauptsächlich von der indigenen Bevölkerung angeführt, den Regierungen das Leben schwer, in Venezuela gräbt der populäre bolivarianische Präsident Hugo Chavez einen alten Traum der G77 wieder aus und versucht, die regionale Kooperation auszubauen, um vom Weltmarkt unabhängiger zu werden. Nebenbei ist er nicht unschuldig am Anstieg der Ölpreise, hatte er doch kürzlich die OPEC (die Organisation der Ölproduzierenden

Länder) dazu aufgefordert, den Weltmarkt über Reduzierung der Fördermengen zu regulieren - was natürlich die Alarmglocken schrillen ließ, denn wenn die indigenen Bewegungen Kontrolle über ihr Land ausüben und den Energiemultis die Ausbeutung ihres Landes



verwehren, ist der Ölnachschub nicht mehr gesichert und die Abhängigkeit von der OPEC steigt. Wenn diese dann durch Reduzierung der Fördermengen die Preise hochtreibt, gerät die ganze Ökonomie ins Wanken, weil die höheren Produktionskosten auf Grund der großen Konkurrenz auf einem weitgehend oligopolisierten Weltmarkt nur begrenzt an die Kunden weitergegeben werden können. Schließlich horten gerade die USA gigantische Mengen an Überkapazitäten in nahezu allen Wirtschaftssektoren (insbesondere aber der Automobilbranche), die sie nicht loswerden.

Bekanntermaßen ist der Energiesektor der Schlüsselsektor der gesamten Weltwirtschaft, von dem alle anderen abhängen. Schon einmal hat 1973 der sog. "Ölpreisschock" (damals hatte die OPEC monatelang die Ölförderung drastisch reduziert und damit die Energiepreise derart steigen lassen, dass es um ein Haar eine weltweite Wirtschaftskrise hervorgerufen hatte) das bis dahin stabil erscheinende keynesianische Wirtschaftsmodell zum Zusammenbruch getrieben, was dem bis dato marginalisierten neoliberalen Modell zum Durchbruch verhalf.

Seit dem hat sich diese Abhängigkeit nicht wesentlich verringert. In einem Artikel der Washington Post vom April 2000 schrieb Senator Coverdell, dass die Notwendigkeit des Schutzes von Ölinteressen in Venezuela(!) die US-Intervention in Kolumbien rechtfertigen würde.

Kein Wunder also, dass es den USA wert ist, eine großangelegte Militärintervention zu starten. Verändert hat sich seitdem lediglich der Begründungszusammenhang: Statt des Kampfes gegen den Kommunismus,

der seinerzeit alle auch noch so üblen Mittel heiligte, ist es jetzt, nach Beendigung des kalten Krieges, der Kampf gegen die Drogen. Dabei zeigen alle bisher gemachten Erfahrungen, dass Militärpräsenz in Anbaugebieten und das Versprühen von Pestiziden zur Vernichtung von Koka-pflanzungen (die "nebenbei" auch flächendeckend den Nahrungsmittelanbau der lokalen Kleinbauern vernichten und ih-

nen damit die Existenzgrundlage rauben, was laut des kolumbianischen Ökonomen Mondragón wohl primäres Ziel der Aktionen sein soll), nur dazu führt, dass die Pflanzungen in schwer erreichbare Gebiete im Urwald verlagert werden. Außerdem werden Hauptanbaugebiete verschont, während die Aktionszentren exakt mit den Gebieten übereinstimmen, in denen Erdölmultis Bohrungen planen oder bereits begonnen haben.

Doch nicht nur Erdöl ist der Grund für das Engagement in Kolumbien und den umliegenden Staaten. Der Handel mit den lateinamerikanischen Staaten macht schon jetzt einen großen Teil insbesondere des Exports der USA aus, was im Zuge der Verhandlungen über eine gesamtamerikanische Freihandelszone von Alaska bis Feuerland

"Es gibt nicht nur Vertriebene weil es Krieg gibt, es gibt insbesondere Krieg, weil man die Leute vertreiben will."

Héctor Mondragón

durch die FTAA (Free Trade Area of America) noch zunehmen wird. Handel setzt bekanntlich Stabilität voraus, das heißt, die Grabesruhe einer befriedeten Region. Deshalb muss die gesamte Region von jeglichen existierende oder

auch potentiellen Störfaktoren flurbereinigt werden. Neben den vielen Erdölbohrungen sind sämtliche Megaprojekte für die Gegend schon ange-



laufen. Ein neuer interozeanischer Kanal (da der von Panama mittlerweile zu alt ist und den zunehmenden Warenfluss nicht verdauen kann), Ölpipelines, mehrere Häfen und Monokulturen besonders die der Afrikanischen Palme (und das in einem der Gebiete mit der höchsten Artenvielfalt auf der Welt). Gewaltige Reserven an Bodenschätzen werden geplündert.

Die Europäische Union hat sich zwar offiziell gegen eine militärische Lösung des Konfliktes in Kolumbien und gegen das Sprühen von Kokaanbauflächen ausgesprochen, hat jedoch vor ein paar Wochen 340 Mio. Euro für Kolumbien bewilligt. Der politische Diskurs der EU kommt der Rhetorik des Kosovo-Krieges nahe, statt "humanitäre Bombenanschläge" heißt es hier: "Geld für Friedensprozess, wirtschaftliche Entwicklung, Stärkung der demokratischen Institutionen, Erhaltung der Umwelt und alternativen Anbau zum Kokaanbau", so der spanische Minister Javier Solanas.

Von den 340 Mio. Euro sind ca. die Hälfte von der EU Kommission und jeweils 20 Mio. von der deutschen und der französischen Regierung.

Egal was der Diskurs ist, das Ergebnis ist das gleiche. Die kolumbianische Regierung ist eine der korruptesten der Welt und arbeitet Hand in Hand mit paramilitärischen Gruppen. Der Paramilitarismus ist eine Strategie des Staates, um die schmutzige Arbeit zu erledigen, d.h. die Bevölkerung von den wichtigen Gebieten zu vertreiben und die sozialen Bewegungen zu ver-

nichten. Die Gewalt hat dort eine unvorstellbare Dimension erreicht: mindestens 2 Mio. Menschen sind derzeit auf der Flucht, davon die Hälfte aus sog. *black communities*.

Zurzeit werden, wie bereits erwähnt, weite Landstriche mit Chemikalien "made by Monsanto" besprüht, die dort jegliches Leben töten. Auch Kinder werden Opfer dieser Gifteinsätze. Die Clinton-Administration hatte noch auf den Gebrauch von biologischen Waffen, insbesondere einem genmanipulierten Pilz, der eingesetzt werden sollte, nach heftiger internationaler Kritik verzichtet. Seit jedoch George W. Bush an der Macht ist, hat sich die USA vom sogenannten Biowaffen-Protokoll distanziert und sich aus dem Verhandlungsprozess im Mai dieses Jahres zurückgezogen. Somit besteht die Gefahr, dass der genmanipulierte Pilz wieder zum Einsatz kommen könnte.

Nur eine starke soziale Antwort, insbesondere in den Industriestaaten Nordamerikas und der EU, könnte diese gewalttätige Ausweitung und Entfaltung der kapitalistischen Entwicklung in Lateinamerika bremsen, in Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen Lateinamerikas, die sich gegen die Ausbeutung ihrer Länder zur Wehr setzen (z.B. Chiapas/Mexiko, Chile). Die politischen Zusammenhänge der kristallisierenden antikapitalistischen Bewegungen in den Metropolen Nordamerikas und Europas beginnen, einen intensiveren Kontakt zu den sozialen Bewegungen Lateinamerikas zu knüpfen, u.a. mit dem Ziel, ihnen in den Industrienationen Gehör zu verschaffen.

Weitere Informationen:

<http://free.freepress.org/agp/colombia/>

<http://www.no-racism.net/global/colombia>

Informationsliste, leere email an :stopplancolombia-de-subscribe@yahoo.com

Paramilitärs und Terrorismus

Am Anfang waren sie Todesschwadronen. In den riesigen Bananenfelder der United Brands (Chiquita), flächenmäßig so groß wie die Schweiz, kamen sie um 4 Uhr morgens in die Arbeitsställen mit Listen von "Anführern" und brachten sie auf der Stelle zu Dutzend um. Aber das war nicht genügend. Die Leute sind stur. Also werden heute die Morde von makabrer Folter begleitet, am liebsten vor der ganzen Familie oder der Gemeinschaft. Man lässt sich Zeit. Es wird Fußball mit den Köpfen der Opfer gespielt. Während diejenigen, die in Europa die Fensterscheiben der Auftraggeber dieser Morde brechen, für Terrorismus bestraft werden.

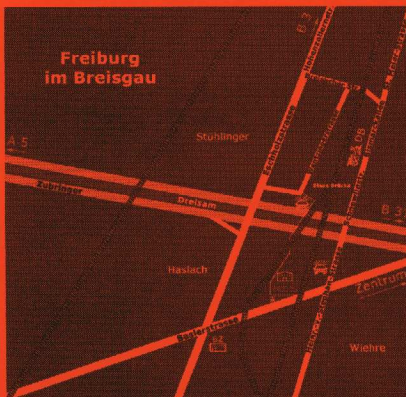
**TERMINE, INFOS &
KONTAKTE
KNACK-DEN-GIPFEL
in FREIBURG**

SAMSTAG, 9. JUNI:

13 UHR: Bunte Elektro-DEMO
Treffpunkt: Bahnhofsparkplatz
Schnewlinstraße/Ecke Faulerstraße

18 Uhr: Volkküche, KTS
21 Uhr: Konzert, KTS

So kommt ihr in die KTS:



**Dienstag, 12. Juni
Direct-Action-Day**

INFOS & KONTAKT:
www.knack-den-gipfel.de
<http://de.indymedia.org>
Infotelefon: 0049/761-5559397

Vom 9.-12. Juni steht die KTS als
Schlaf-, Eß-, Treff-, Plan-, Diskutier-
und Informiermöglichkeit zur Verfügung

Die weiteren Events im Überblick:

14.-16. Juni: EU-Gipfel in Göteborg
(Schweden)

15. Juni- Ziviler Ungehorsam
16. Juni- Demo

Infos unter: www.gbg2001.org
www.j15.org

22.-27. Juni: Weltbank- Gipfel
in Barcelona

Infos unter: www.pangea.org/mrg/
--- WEGEN ZU ERWARTENDEN
PROTESTEN ABGESAGT----

1. Juli: Weltwirtschaftsforum
in Salzburg

30. Juni- 3. Juli: Aktionstage

1. Juli: Demo

Infos unter: wipe.out.wef@gmx.at

19.-28. Juli: G8-Gipfel in Genua

19. Juli: "Tag der ImmigrantInnen"
& Demo

20.-22. Juli: Blockaden, Aktionen,
ziviler Ungehorsam

21. Juli: große Demo

Infos unter: www.genoa-g8.org
www.yabasta.it
<http://italy.indymedia.org>

